

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlag: Neudruck Dresden, Verlagsnummer: 25 241, für den Verleger: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Sept. 1925 bei tagl. zweimaliger Zustellung mit Haus 1,50 Mark, Postbezugspreis für Monat September 3 Mark, Glasnummer 16 Pfennig. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die empfangliche 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertengelder 10 Pfg. Suono, Halbtager gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptverlag: Mariestraße 38/40, Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden, Polischek-Amts 1068 Dresden.

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernsprecher: 16282 Nähe Postplatz.
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-Herde - Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile.

PETZOLD & AULHORN A.G.
Pec
SCHOKOLADEN-PRALINEN
SIND BELIEBT UND BEGEHRT

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. Sa., Martinstraße 12

Das Ringen um Mossul.

Der scharfe englisch-türkische Gegensatz. — Türkische Kundgebungen für Mossul in Berlin. Verletzungen der deutschen Grenze durch Polen. — Caillaux über den deutsch-französischen Ausgleich. — Bergwerkskatastrophe in Korea.

Amerj verleidigt eine schlechte Sache.

(Durch Funkspruch.)

Genf, 4. Sept. Unter dem Vorsitz Briand's setzte heute vormittag der Völkerverbundsrat die Erörterungen über die Mossulfrage fort. Der türkische Minister des Auswärtigen,

Tewfik Rischdi Bey,

antwortete auf einige Punkte der Darlegungen des britischen Kolonialministers und erklärte: Ich kann es nicht zulassen, daß im Völkerverbundsrat das Problem der Minderheiten in der Türkei irgendwie aufgeworfen wird. Es ist gefährlich, wenn sich der Rat auf Dinge einläßt, die gar nicht zur Diskussion haben. Hieraus ergab sich der englische Kolonialminister

Amerj

das Wort und führte aus: Aus dem Bericht geht hervor, daß die Zuteilung Mossuls zu dem Irakgebiet eine Notwendigkeit ist. Seit Jahrhunderten ist Mossul von Bagdad aus erhalten und verwaltet worden. Die Kurden sind nicht Türken und die Handelsbeziehungen zwischen Mossul und der Türkei sind nur unerheblich, denn die Handelswege führen nach Bagdad und Syrien. Auch strategische (!) Gründe sprechen für diesen Standpunkt. Die Kurden und die Araber bilden die Hauptbestandteile der Bevölkerung. Die türkische Bevölkerung beträgt nur drei Prozent. Die Völkerverbundskommission hat festgestellt, daß die Mehrheit der Bevölkerung für den Anschluss an das Irakgebiet ist. Mossul ist eine ausgesprochen arabische, nicht eine türkische Stadt.

Nach Anhörung einer kurzen Gegenerklärung des türkischen Außenministers Tewfik-Bey trat der Völkerverbundsrat auf Antrag Briand's zu einer

nichtöffentlichen Sitzung

zusammen, um hier das weitere Vorgehen zur Behandlung der Streitfrage über das Mossulgebiet zu beraten. An dieser nichtöffentlichen Sitzung nahm auch die türkische Delegation teil. Tewfik-Bey hatte sich in seiner Gegenerklärung auf knappe Bemerkungen beschränkt, in denen er feststellte, daß die türkische Argumentation und die Schlussfolgerungen seiner Ausführungen wörtlich dem Bericht der Mossulkommission entsprächen. Er teilte mit, daß er für die Ratmitglieder ein Memorandum ausarbeiten werde, in dem die Ausführungen des englischen Kolonialministers Amerj eingehend behandelt und widerlegt werden sollen. Der türkische Außenminister betonte nachdrücklich, daß die türkische Regierung den Bewohnern des Mossulgebietes die gleichen Rechte gewähren werde, wie sie die übrigen türkischen Staatsangehörigen genießen. Im übrigen seien die Rechte

der Minderheiten im Mossulgebiet durch die entsprechenden Bestimmungen des Lausanner Vertrages vollkommen gesichert. Die Türkei verlange Frieden und Sicherheit im Osten für alle. Die von England geforderte Lösung bezwecke aber nur die Sicherheit seiner eigenen Stellung.

Eine türkische Kundgebung in Berlin.

Berlin, 4. Sept. Die hiesige türkische Kolonie hatte heute nachmittags im Garten der türkischen Botschaft eine Demonstrationsversammlung veranstaltet, um für die Lösung der Mossulfrage im türkischen Sinne einzutreten. Es hatten sich hierzu etwa 200 Personen mit Frauen, Musik und Schildern mit der Aufschrift „Mossul gehört den Türken“ eingefunden. Ein großer Teil der Erschienenen gehörte der in Berlin studierenden türkischen Jugend an. Der türkische Botschafter, Exa Kemal Edin Sami-Pascha, dankte den Erschienenen im Namen seiner Regierung. Er gab der Aufmerksamkeit Ausdruck, daß man es bei der Tagung des Völkerverbundes in Genf erreichen werde, das umstrittene Mossul-Territorium endgültig für die Türkei zu sichern. Die türkische Regierung werde kein Mittel unversucht lassen, um der Volksstimmung Rechnung zu tragen, die mit allem Nachdruck die Mossul-Länder für die Türkei verlange. Er hoffe, daß die Delegierten des Völkerverbundes die Mossul-Kundgebungen der Türken aller Völkerteile nicht unbeachtet lassen mögen.

Englische Kritik am Standpunkt Amerj's.

London, 4. Sept. Abgesehen von der Erklärung des englischen Kolonialministers Amerj in der Mossulfrage finden die Genfer Völkerverbundverhandlungen in England nur geringes Interesse. Man kritisiert die Vertretung der englischen Interessen durch Chamberlain und Amerj. In politischen Kreisen hätte man es lieber gesehen, wenn beide zu Hause geblieben wären und statt dessen Lord Birkenhead nach Genf gegangen wäre. Man bedauert von dem etwas polterigen, imperialistischen Entschluß Amerj's eine Schädigung der englischen Interessen. Das Mißverhältnis über die Erklärungen Amerj's ist im Wochen-„Evening Standard“ (Schreib): Wie kann England voraussehen, was in Mesopotamien geschehen wird? Wie kann es Gewissheit erhalten, daß die Türkei nicht eines Tages England in einen schweren Krieg verwickelt, und daß selbst in Mesopotamien Unruhen ausbrechen, die Kosten an Menschenleben und Geld fordern werden? Man gedenkt mehr und mehr den Eindruck, daß wenigstens die englische Verantwortlichkeit froh wäre, mit der mesopotamischen Belastung der englischen Politik abzuhauen. Die Sorgen um Indien gebieten die Schonung der türkischen Empfindlichkeit, um die Bildung einer islamischen Einheitsfront gegen das englische Reich zu verhindern. (Z.-U.)

Weltpolitik — Weltpolitik.

Mundus vult decipi: Die Menschheit wünscht blauen Dunst um die Dinge dieser Erde, weil es angenehmer ist, den brutalen Egoismus der Wirklichkeit mit dem Schleier moralischer Phrasen und ideoher Rechtfertigung zu verhüllen. Auch lassen sich die großen Geschäfte von Staat zu Staat, von Erbteil zu Erbteil, an denen nicht selten ebensowiel Schmutz haftet wie an den profitgierigen Schiebungen strapelloser Vorstadtdöbler, im Schatten großartiger Werke der Menschlichkeit sehr viel bequemer und erfolgreicher ausführen, als wenn jedermann das Kontokorrentbuch und die umfrittenen Aktienpakete einsehen kann. Welch genialer Gedanke der Neuzeit, ein Forum zu schaffen, das verzweifelt sozusagen den wahren Zusammenhang der Dinge in mystischem Dämmerlichte läßt, das den Urgrund internationaler Zwistigkeiten: Das Ringen um Rohstofflager und Absatzmärkte hartnäckig übersteht und geradezu ein neues Notwendig erfunden hat, in dem sich die Eingeweihten höchst einträglich unterhalten können, das aber der Menge vor dem Tempel wie himmlische Sphärenmusik ertönt!

Der Völkerverbund ist zusammengesetzt ...

Entscheidende Fragen soll er verhandeln und wir Deutschen denken da natürlich sofort an Völkerverbündentrift, Sicherheitsfrage usw. Noch immer fällt es uns schwer, die Dinge anders als vom europazentrierten Standpunkte aus zu sehen, noch immer vergessen wir zu leicht, daß das deutsche Problem zwar ein wichtiges, aber doch eben nur eins unter vielen wichtigen ist, ja, daß es noch wichtigere gibt, aber denen die Völker das schände Unrecht von Versailles mit all seinen Folgen sehr rasch zu vergessen geneigt sind. Denn wenn auch unser Jahrhundert mit Recht das des nationalen Absolutismus genannt werden könnte, weil noch nie, soweit wir eine Geschichte Europas kennen, das Nationalitätenproblem das internationale Leben in solchem Umfange beherrschte hat, wie heute, so hat diese Entwicklung gleichzeitig wieder eine Gegenbewegung angefaßt, die über die Staatsgrenzen der Völker weit hinaus strebt und jeder völkischen Selbstbestimmung zum Hohe einen wirtschaftlichen Imperialismus von nie gekanntem Ausmaße vertritt. Nicht die Staaten bzw. ihre Regierungen bestimmen mehr unabhängig den Lauf der Ereignisse, sondern die großen Interessengruppen wirtschaftlicher Prägung; wie Polypen umspannen sie den Erdball mit zahllosen Armen, saugen sich an den großen Rohstoffvorratslagern der Natur fest und erkiden unter sich, was ihrem Druck Widerstand zu leisten vermag. Ihr Aussehen wandelt sich je nach den Bedürfnissen der Menschheit; in primitiveren Zeiten waren es Gewürze, Gewebe und edle Steine, um derwillen Länder verheert und Völker bezwungen wurden, geferrn waren es Gold, Silber und Diamanten und heute ist das Erdöl, jener immer fürmlicher verlangte Betriebsstoff für die Weltwirtschaftsmaschinerie, um deswillen das Blut auf diesem Planeten bald karmischer bald langsamer schlägt — ganz wie es den großen Magnaten der Petroleumgesellschaften, den modernen Konquistadoren des Erdballs, gefällt. So steht denn in diesen Tagen in Genf das Mossulproblem im Zentrum der Erörterung, bei dessen Nennung alle die eben kurzumrissenen Vorstellungen anklingen; ist doch das Erdölgebiet von Mossul gleichsam zu einem Schilde für den Kampf um die wirtschaftliche Herrschaft der Welt geworden.

Um die Mossulfrage in ihrer ganzen Bedeutung zu erfassen, sind einige Worte über die Petroleumkämpfe der vorangegangenen Jahre zu sagen. Die beiden Hauptkonkurrenzländer beim Wettrennen um die Erdölquellen sind England und Amerika. Hier ist es die auch den deutschen Markt beherrschende Standard Oil Company, dort die Trust Royal Dutch and Shell; an jede von ihnen hat sich eine französische Finanzgruppe angeschlossen, die englisch-gerichtete unter Führung von Philippe Berthelot, die amerikanische unter der hervorragenden Mitwirkung von Jules Cambon. Die Royal Dutch, die im Laufe der Zeit die Petroleumfelder von Rumänien, Kleinasien, Ägypten, Niederländisch-Indien, Birma, Trinidad und Venezuela unter ihre Kontrolle bekommen hatte, drang schließlich auch, von der französischen Regierung sehr gefördert, in Rußland ein, wo sie durch eigene Gründung „The North Caucasian Oilfield Line“ und eine befreundete französische „Société de Naphte et Vacou“ festen Fuß faßte. Hier aber stieß sie mit der Standard Oil Company zusammen, die von Kleinasien her erobert vordrang und sich — aus sehr durchsichtigen Gründen — für die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller orientalischen Völker einsetzte. Inzwischen hatte nämlich auch Italien, das bisher zu 90 Prozent der Erdöleinfuhr von den Vereinigten Staaten abhängig gewesen war, zur Petroleumfrage Stellung genommen und war mit England-Frankreich über die Zuteilung von eigenen Aus-

Grenzübergreifende Polens in Westpreußen.

Polnische Soldaten auf deutschem Boden!

Königsberg, 4. Sept. Nach übereinstimmenden Meldungen der ostpreussischen Presse haben in den letzten Tagen drei schwere Verletzungen der deutschen Grenze durch polnische Militärtruppen stattgefunden. Wie die Königsberger Zeitungen aus zuverlässigen Quellen melden, ist am Mittwoch ein polnischer Offizier mit 12 Mann bei Preussisch-Heide in Westpreußen ungefähr 1 1/2 Kilometer weit in preussisches Gebiet geritten. Außerdem haben in der vergangenen Woche kleinere polnische Truppenabteilungen an zwei aufeinanderfolgenden Tagen in der Gegend von Waldau, im Bezirk Preussisch-Heide, die Korridor-grenze überschritten. Es handelt sich um Kavalleriepatrouillen, die einmal in Stärke von sechs Mann, das andere Mal in Stärke von elf Mann etwa einen Kilometer weit über die Grenze nach Osten ritten, dort Nebenlager errichteten und nach etwa einständigem Aufenthalt auf deutschem Boden wieder über die Grenze zurückgingen. Da sich die Grenzübergriffe in der Gegend von Stuhm und Marienwerder abspielten, in der augenblicklich die ostpreussischen Mannöver abgehalten werden, so lassen sich die Zwischenfälle nur als Manöverproben oder als Provokation und Händelucht erklären. (Z.-U.)

Noch 2500 deutsche Öpanten vor der Ausweitung.

Warschau, 4. Sept. Erst jetzt veröffentlicht der „Kurjer Polski“ den offiziell bisher zurückgehaltenen Teil der Rede Grabzki vom 25. August über die Öpantenanfrage. Danach befinden sich in Polen noch 2500 deutsche Öpanten, deren Ausreise zum 1. August fällig war. 1000 Personen wurde eine Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung gewährt. Die restlichen 1500 haben nachträglich optiert. Grabzki kreiert ab, daß sich in Deutschland noch polnische Öpanten aufhalten, deren Frist am 1. August abgelaufen wäre. Eine Änderung des Verhaltens Polens zur Vertreibung der restlichen deutschen Öpanten, deren Fristen am 1. November 1925 und am 1. Juni 1926 ablaufen, sei nicht zu erwarten. Grabzki erklärte kategorisch, daß Polen

von seinen Rechten aus dem Wiener Abkommen keineswegs Gebrauch machen werde. (Z.-U.)

Zum Nachtrag zu unserer gestrigen Notiz über die Haltung der polnischen Regierung in der Öpantenfrage erfahren wir noch, daß der polnische Minister des Auswärtigen dem deutschen Gesandten in Warschau ein am 2. September auf der Gesandtschaft eingegangenes Schreiben hat zugehen lassen. Die Antwort bietet nichts Neues. Graf Strakoski beharrt bei der ablehnenden Stellung der polnischen Regierung, die nicht versteht, wie die Hauptzunahme von Rechten aus einem Vertrag für die Beziehungen zweier Länder verhältnismäßig sein könne.

Die Pleite Korfantsy's.

Berlin, 4. Sept. Nach Blättermeldungen aus Warschau hat die polnische Regierung über die Bank für Handel und Industrie Geschäftsaussicht verhängt. Die Bank, die im In- und Auslande 160 Filialen besitzt und deren Hauptaktionär Korfantsy ist, zählt zu den größten Banken Polens.

Ein Denkmittel für Polen.

Warschau, 4. Sept. Ein Artikel des Pariser Blattes „Le Nouvelliste“ hat bei der polnischen Presse eine unangenehme Erregung hervorgerufen. In dem Artikel, der „Eine offene Wunde“ überschrieben ist, heißt es: Es gibt Völkerverbände, die jeden Deutschen benutzbar machen müssen: Die finnische und kolonialistische Rheinokkupation, das Saargebiet, die mehr oder weniger mahnende Volksabstimmung in Oberschlesien und Cuxen, die Memeler Frage, Polen, vor allen Dingen aber der Danziger Korridor, der Deutschland und einanderreicht. Deutschland erhält täglich Obstruktionen von unserem polnischen Freund, dessen Freundschaft nicht immer so ist, wie man erwarten möchte.

Polen ist nicht lebensfähig, es lebt nur von Frankreichs Unterstützung.

Diese Stelle hat natürlich in Polen besondere Neugierigkeit erregt. Wie es heißt, soll es jetzt Strakoski's Aufgabe in Paris sein, noch in letzter Stunde sich nachdrücklich in Erinnerung zu bringen.